

# **Resolution**

## **der Ratsversammlung der Stadt Neumünster zur Finanzausstattung des Friedrich-Ebert-Krankenhauses Neumünster GmbH**

### **Erfolgreiches Schwerpunkt Krankenhaus der Stadt Neumünster durch Budgetdiktat der Bundesregierung gefährdet**

Wie alle Kliniken in Schleswig-Holstein so ist auch das Friedrich-Ebert-Krankenhaus durch die von der Bundesregierung gesetzten Finanzierungsbedingungen und das Diktat der Beitragssatzstabilität unzumutbar beeinträchtigt.

Die Finanzierungsbedingungen haben mittlerweile „existenzvernichtende Züge“ und beeinträchtigen die erfolgreichen Bemühungen des Aufsichtsrates, der Geschäftsführung und des Betriebsrates zur Schaffung eines modernen und leistungsfähigen Schwerpunktkrankenhauses in Neumünster und eines regional gut aufgestellten Gesundheitszentrums am Wirtschaftsstandort Neumünster erheblich. Durch seit Jahren festzustellende Zunahme der zu versorgenden Patientinnen und Patienten bei fast gleich bleibender Finanzausstattung ist durch die fortwährende Rationalisierung für das Personal eine derartige Arbeitsverdichtung eingetreten, dass dringend mehr Personal für die Versorgung der Patientinnen und Patienten und eine angemessene Vergütung organisiert werden muss.

Die explodierenden Sach- und Energiekosten sowie die notwendigen Personalkostenerhöhungen belasten die Ausgabenseite der Kliniken beträchtlich. Bei der niedrigsten Baserate aller Bundesländer in Deutschland und einer Budgetsteigerung von netto 0,14 % für 2008 müssen jetzt Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen werden, die sich unmittelbar auf die Patientenversorgung auswirken. Wir fordern endlich eine gleiche Vergütung für die Leistungen der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland und ausreichende Budgets, um zumindest die Lohnkostensteigerungen auffangen zu können.

Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster fordert die Bundesregierung und den Bundestag über die Bundestagsabgeordneten auf, sich ihrer Verantwortung für die Finanzmisere der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein zu stellen und für eine schnelle und nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung Sorge zu tragen. Die Ratsversammlung unterstützt ausdrücklich die Kampagne der 4 K-Betriebs- und Personalräte „Über (das) Leben im Krankenhaus“. Die Forderungen dieser Kampagne lauten:

1. Preise fair kalkulieren:  
Die Fesselung der Krankenhausbudgets an die Grundlohnsumme (gedeckelte Budgets) muss aufgehoben werden. Kosten- und Tarifsteigerungen müssen in die Preise für Krankenhausleistungen (Landesbasisfallwerte) wie bei jeder normalen Preiskalkulation einbezogen werden. Die Ungleichbehandlung der einzelnen Bundesländer beim Landesbasisfallwert muss durch die Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes korrigiert werden.
2. Betriebskosten bedarfsgerecht ermitteln:  
Der Bundesgesetzgeber muss das DRG-System so ausgestalten, dass die Preise bedarfsgerechte Krankenhausleistungen abdecken. Das Preissystem darf nicht als sich selbst beschleunigende Personalabbauspirale benutzt werden.

3. Personalstandards einführen:  
Das DRG-System darf nicht länger ohne Sicherheitsnetz gefahren werden.  
Analytische Personalbemessungsverfahren und Personalausstattungsstandards für alle Berufsgruppen müssen festgelegt werden.
4. Investitionen normalisieren:  
Von den Krankenhäusern wird erwartet, dass sie moderne Unternehmen sind. Dazu brauchen sie normale Investitionsmöglichkeiten, die dem Bedarf entsprechen und den medizinischen und technischen Fortschritt berücksichtigen. Hier muss die Bundesregierung eingreifen, beispielsweise über den Finanzausgleich und das Steuersystem!